

«TAG DER BILDUNG»

Welche Bildung zu welchem Preis?

Der Bildungstag in Winterthur: Gleich auf mehreren Podien ist über die Folgen von Geldmittelkürzungen im Bildungsbereich debattiert worden. Dazu kommen Aktionen von KV-Stiften, Mittel- und «Metalli»-Schülern.

Ersatzlos gestrichene Freifächer, grössere Klassen, Abschaffung der zweisprachigen Matur, drastisch reduziertes Wahlfachangebot – düster waren die Szenarien, die die Schüler und Schülerinnen der drei Winterthurer Kantonschulen gestern Vormittag von ihren Lehrern zu hören bekamen, sollten die Sanierungspläne des Regierungsrats realisiert werden. Entsprechend besorgten die Voten und Fragen an die Adresse der eingeladenen Kantonsratsmitglieder. Deklarierte Absicht war unter anderem, die Politiker für die Belange der Mittelschule zu gewinnen.

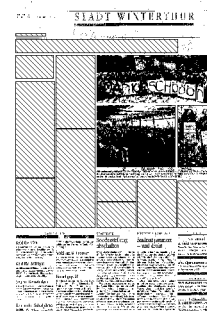
Büelrain: Ziel erreicht

Wie im «Lee» und «Rychenberg» hatten auch im «Büelrain» vorbereitende Klassengespräche stattgefunden, bevor sich die über 700 Schüler und Schülerinnen samt ihren Lehrern in der grossen Mehrzweckaula wieder fanden. Und auch ihnen sass Kantonsratsmitglieder verschiedener politischer Couleur gegenüber. Nach einer kurzen Einstiegsrunde, in der die Podiumsgäste ihre Position darlegten und – je nach Partei – die Notwendigkeit zur Verringerung der öffentlichen Ausgaben unterstrichen oder in Frage stellten, gab Moderator Walter Bühler, stellvertretender Chefredaktor des «Landboten», das Wort an die versammelte Schülerschaft weiter. Wer angesichts des Themas eine einseitige Diskussion erwartet hatte, sah sich ange-

nehm getäuscht. Das Gespräch verlief ausgesprochen fair, allen Votanten wurde zugehört. Und auf Argumente folgten oft Gegenargumente. Warum nicht den «völlig unnötigen» Kunstprojekt-Unterricht streichen, schlug ein Schüler vor. Gerade hier dürfe nicht gespart werden, konterten zwei andere, gehöre dieser doch genauso zur Bildung wie die Pflichtfächer. Mehr Geld heisse nicht automatisch bessere Bildung, hielt SVP-Kantonsrat Hansjörg Schmid den Kollegen von SP und EVP vor, im Gegenteil: Spardruck zwingt zu mehr Effizienz und weniger Leerlauf. Die Sparmassnahmen könnten in der Tat zu kreativen Lösungen animieren, sekundierte ihn ein Schüler und lieferte gleich einen Vorschlag: warum nicht das bedrohte Freifachangebot mit den zwei anderen Winterthurer Mittelschulen koordinieren und so Kosten einsparen?

Neben vielen Absichts- und Grundsatzzerklärungen seitens der Politiker gab es auch präzisere Stellungnahmen. Wiederholt wegen der Sparpolitik ihrer Partei kritisiert, kündigte Kantonsrätin Andrea Widmer Graf an, die FDP-Fraktion werde wohl nicht alle Sanierungsvorschläge der Regierung tel quel mittragen. Konkret: Der Haushaltsunterricht der Langzeitgymnasien sollte nicht gänzlich abgeschafft, sondern lediglich auf zwei statt drei Wochen gekürzt werden, und die Stundenreduktion sollte weniger drastisch als geplant ausfallen.

Nach gut eineinhalb Stunden angeregter Diskussion wurden die Schüler in die Mittagspause entlassen. Zumindest das Ziel der Schulleitung, die Schüler für das Thema Bildungspolitik zu sensibilisieren, scheint erreicht worden zu sein, wie der folgende mitverfolgte Dialog illustriert: «Das alles geht uns ja eigentlich gar nichts mehr an», sagte beim Hinausgehen ein Maturand zum anderen. «Wenn die mit Sparen anfangen, haben



wir die Matur schon hinter uns.» Worauf der ihn zurechtwies: «Hey, und was ist mit denen, die nach uns kommen?»

BFS: Müller-Hemmi gegen Manser

Vor rund 150 Schülern der Winterthurer Berufs- und Fortbildungsschule (BFS) kreuzten gestern in der dortigen Aula SP-Nationalrätin Vreni Müller-Hemmi und SVP-Kantonsrat Emil Manser die Klängen. Die von einer skeptischen und kritischen Haltung gegenüber den geplanten Kürzungen im Bildungswesen geprägten Diskussionsanstösse kamen von Schülerinnen und Schülern, die sich vorgängig mit der Materie auseinander gesetzt hatten. Die Diskussion spiegelte den finanzpolitischen Grabenkampf wider, der zurzeit auf mehreren Ebenen im Staat ausgetragen wird. Die SP-Nationalrätin forderte verstärkte Investitionen in die Bildung: «Das lohnt sich auch langfristig.» Der SVP-Kantonsrat plädierte dagegen für mehr Eigenverantwortung und weniger Staat: «Vor allem in den staatlichen Verwaltungen hat es noch zu viel Luft und Leerläufe.» Das sei Sparpotenzial. Grundsätzlich machten nicht zusätzliche Investitionen, sondern tiefe Steuern und Abgaben den Wirtschaftsstandort Schweiz attraktiv, sagte Manser. Vreni Müller-Hemmi konnte mit dieser Argumentation nicht viel anfangen: In einer Zeit der kränkelnden Wirtschaft sei es das «Allerdümmste», die staatlichen Leistungen herunterzufahren. Steuerenkungen hätten nur Gebührenerhöhungen zur Folge, und eine umfassende Bildung bleibe den Reichen vorbehalten. Da blickte der SVP-Mann gen Osten: Im Kommunismus habe auch der Staat versprochen, alles sei für alle gratis. «Das hat bekanntlich nicht funktioniert.»

ZHW: Auf die Wirtschaft zugehen

Weniger stark von den finanziellen Kürzungen betroffen sind – vorerst – die Fachhochschulen. Die Zürcher Hochschule Winterthur (ZHW), zum Beispiel, muss zwei Millionen Franken sparen. «Das ist schmerzlich, aber im Vergleich zu anderen Schulen noch nicht dramatisch», erklärte ZHW-Rektor Werner Inderbitzin an einem Bildungstagspodium in der ZHW-Aula. Das «Aber» folgte auf den Fuss: «Wir sind an der Grenze. Wenn noch mehr Beiträge gestrichen werden, geht es uns an die Substanz.» Auch der Präsident des ZHW-Delegiertenrates, Gaston Wolf, sieht in einem solchen Fall «sehr schwarz» für die Zukunft: «Wir könnten unseren Leistungsauftrag nicht mehr erfüllen und eine qualitativ hoch stehende Ausbildung garantieren. Das hätte wiederum fatale Folgen für den Wirtschaftsplatz Schweiz.» Deshalb müsse nun dringend über neue Finanzierungsmodelle diskutiert werden, lautete eine weitere Forderung. Edit Seidl, Vizepräsidentin des ZHW-Schulrates und Vertreterin des Gebäudetechnikerverbandes «suissetec», schlug vor, den Kreis jener, die Beiträge in die Berufsbildungsfonds zahlen, zu erweitern. Studentenvereinspräsident Michael Bosshard regte an, vermehrt Lehrstühle durch Firmen finanzieren zu lassen. Eine Idee, die von Erich Schwaninger vom Verband Schweizerischer Elektroinstallationsfirmen mit Interesse aufgenommen wurde: Grundsätzlich sei man sehr an Fachhochschulstudierenden und an einer entsprechend engen Zusammenarbeit interessiert. Rektor Inderbitzin fand ebenfalls: «Wir müssen auf der Suche nach neuen Finanzierungsmodellen auf die Wirtschaft zugehen. Das heisst aber nicht, dass gleichzeitig die öffentliche Hand von ihrer Pflicht, die Bildung zu unterstützen, entbunden werden soll», betonte er. (jpg/pfr)



Bilder: Marc Dahinden

Aktionstag mit positiver Note: Die «Metalli»-Lehrlinge danken der Bevölkerung mittels Spruchband für ihr neues Schulhaus (oben), die Gewerbeschüler und -schülerinnen besammeln sich zum Podiumsgespräch in der City-Halle (links), zwei Mittelschülerinnen machen als Sandwichfrauen die Passanten auf den drohenden Bildungsabbau aufmerksam.

Lieferschein Nr.: 1964643 Medien Nr.: 1359 Medienausgabe Nr.: 829901 Objekt Nr.: 9999784 Subobjekt Nr.: 3 Lektoren Nr.: 3 Abo Nr.: 1044548 Treffer Nr.: 14631032